

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

1 (2.1.1920)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt 1.90 M, durch unsere Träger zugestellt 2.10 M, am Posthalter 2.15 M durch den Postboten zugestellt 2.80 M monatlich, vorauszahlbar. Bei vierteljährlichem Bezug jeweils der dreifache Betrag.

Ausgabe: Montag mittags; Geschäftszeit: 1/28-1/41 und 2-1/28 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 7spaltige Kolonelle oder deren Raum 50 J, Reklamen 1.50 M. — Lokalanzeigen billiger. — Bei Wiederholungen Rabatt. Annoncenpreis 1/29 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachm. zuvor.

Zum Austausch der Ratifikationsurkunde.

Amsterdam, 31. Dez. Das Pressebüro Radio meldet, daß nach dem Austausch der Ratifikation am 7. oder 8. Januar sich die diplomatischen Vertreter Frankreichs auf ihre Posten in Deutschland begeben werden. Die Abfahrt der mit der Besetzung der deutschen Abstimmungsgebiete beauftragten alliierten Truppen erfolgt am 12. Januar.

Das Sklavenspalast in Berlin.

Paris, 31. Dez. (Gavas.) Gemäß dem durch Clavelle im Namen der Regierung gestellten Begehren beschloß die Kammer unbeschadet der Beratung einer Vorlage zur Gewährung eines Kredits von einer Million an das Ministerium des Innern zum Zwecke des Ankaufs eines Gebäudes in Berlin zur Unterbringung des Vollzugsdienstes des Versailleser Vertrages. Der Reichsminister begründete die Vorlage und führte aus, daß es schwierig wäre, ein passendes Gebäude zu mieten, während das in Frage stehende Gebäude zu günstigen Bedingungen gekauft werden könne. Die Kammer stimmte der Vorlage ohne Debatte einstimmig zu.

Erhöhung der Eisenbahntarife in Frankreich.

Paris, 2. Jan. Die französische Kammer hat am Mittwoch die Eisenbahntariferhöhungen mit 451 gegen 114 Stimmen angenommen. Fabrikern und Gewerbetreibenden sowie Familien mit vielen Kindern. Nächste Sitzung 13. Januar.

Auch bedeutende Erhöhung der Brotpreise in Frankreich.

Paris, 31. Dez. Ackerbauminister Rouleau erklärte Mittwoch morgen vor der Kreditkommission der Kammer, daß der Brotpreis vom 1. Februar an in Paris von 65 auf 99, in den Departements von 50 auf 95 Centimes erhöht werde. Die Handelsfreiheit für Brotgetreide wird wieder hergestellt, während der Staat sich das Einfuhr-, Einfuhr- und Verteilungsmonopol vorbehält. Rouleau fügte bei, daß die Getreide- und Mehlversorgung Frankreichs bis Ende Juni 1920 gesichert sei und daß Verhandlungen mit den übrigen europäischen Ländern zum Ankauf der für Juli und August notwendigen Mengen im Gange seien. Es sollen bezüglich des Brotpreises Maßnahmen getroffen werden zugunsten großer Familien, zugunsten der Bedürftigen und Kriegsverwundeten.

Verteidigungsschrift Wilhelm II?

Paris, 31. Dez. Der Matin bringt einen Artikel über Wilhelm II. Seit der Veröffentlichung des Kaiserbuches über den Ursprung des Krieges arbeitet Wilhelm II. an der Redigierung seiner Verteidigung, die er zweifellos dem König von England vorlegen wird. Auch der Kronprinz steht auf der Seite der auszuweisenden Personen und zwar wird er wegen Minderern, wegen Mordes und Diebstahls angeklagt.

Das Schicksal des türkischen Reiches.

Paris, 31. Dez. Gavas. Der Matin sagt, daß die Nachrichten aus Paris zu der Annahme berechtigen, daß die grundsätzliche Frage betreffend die Regelung des Schicksals von Konstantinopel und der Meerenge gelöst ist. Der englische Standpunkt, wie er von Lloyd George dargelegt wurde, hat den Sieg davongetragen. Es scheint sicher zu sein, daß der Sitz der osmanischen Regierung nach Wien verlegt wird, entweder nach Brussa oder nach Komia, in Ausführung des Programms, das im Jahre 1917 von den Alliierten aufgestellt wurde und in dem man als Grund für die Vertreibung der Türken aus Europa angab, daß sie in der abendlichen Zivilisation entschieden fremd sind. Die Einzelheiten des internationalen Kontrollregimes, das für Konstantinopel zur Anwendung gelangen soll, befinden sich gegenwärtig noch in Beratung.

Das Kohlenabkommen mit Holland.

Haag, 31. Dez. Das Amsterdamer Handelsblatt erfährt, daß das Kohlenabkommen zwischen Holland und Deutschland zwar am 1. Januar 1920 außer Kraft trat, Deutschland habe aber in eine Verlängerung eingewilligt. Im Januar 1920 würden also 80 000 Tonnen Steinkohlen von Deutschland an Holland geliefert werden. Ueber den Preis ist noch nichts vereinbart.

Weitere Erhöhung des Bierpreises.

Berlin, 31. Dez. Das Reichswirtschaftsministerium hat für das Gebiet der ehemaligen deutschen Brauereigemeinschaft mit Rücksicht auf die eingetretene Steigerung der Herstellungskosten den Herstellerhöchstpreis für Bier einschließlich Steuer auf 61 M für vierbottelige Getränke (Ersatzbier) auf 58 M für das Fünftel erhöht.

Große Zuckernot in Sicht.

Magdeburg, 31. Dez. (Privatmeldung.) Die Zuckerverzeugung Deutschlands schätzt Licht auf 14,2 bis 14,4 gegen 27 und 30 Millionen Zentner bei der Vorkampagne.

Keine Pässe für das Sowjet-Rußland.

London, 31. Dez. (Reuter.) Der Gewerkschaftsleiter erludte um Pässe für einen Besuch Sowjet-

Rußlands. Die Regierung erklärte, keine Pässe nach einem Lande auszustellen, mit dem sie keine diplomatischen Beziehungen unterhalte.

Passive Resistenzstimmung.

Frankfurt a. M., 2. Jan. Die hiesigen Vertrauensmänner des Eisenbahnerverbandes haben in einer stark besuchten Versammlung dem Berliner Zentralvorstand des deutschen Eisenbahnerverbandes ihr Mißtrauen ausgesprochen, der eine widerspruchsvolle, unentschiedene Haltung in den Tarifverhandlungen mit der Regierung gezeigt habe. Die Versammlung erklärte namens der Frankfurter Eisenbahner, nicht mit der vorläufigen Regelung der Tarifföhe ab 1. Januar 1920 einverstanden zu sein und gibt in einer besonderen Entschließung bekannt, daß sie bis zur Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage nicht mehr instande seien, ihre Arbeit im vollen Umfange zu erfüllen und fortan nur unter strenger Beobachtung der für die Eisenbahner gültigen Bestimmungen zu arbeiten. Die Vertreter hielten zwar einen Streik im gegenwärtigen Augenblick für ungewiss, seien aber, falls die Regierung auf ihrem wenig entgegenkommenden Standpunkt verharrte, entschlossen, auch von diesem äußersten Mittel Gebrauch zu machen.

Zum Magdeburger Eisenbahnerstreik.

Berlin, 2. Jan. In der Deutschen Ill. Ill. wird geschrieben, daß der Staat nicht umhin könne, die Gehälter der Staatsbeamten und Angestellten in eine neue Form zu bringen, die sich den von diesen zu tragenden Lasten anpasse. Wenn nun freizell die Arbeiterkraft wirklich Wert darauf lege, ihre Forderungen sachlich behandelt zu sehen, so müßten sie energisch Stellung nehmen gegen diejenigen, die sie veranlassen wollen, die Lohnbewegung in Zusammenhang zu bringen mit politischen Bewegungen. In dem Magdeburger Demonstrationstag seien rote Fahnen beritten gewesen, deren Inschriften für eine Revolution Stimmung zu machen suchten. Die Eisenbahneramtenschaft in Magdeburg habe nur recht getan, durch ihren Gemeinabsatz erklären zu lassen, sie wolle von der Demonstration, soweit sie politisch ansetze, nichts wissen. Sie lehnte es ab, bei ipridwörtlich unabhängigen Machenschaften mitzuwirken.

Strafungen in Ungarn.

Budapest, 2. Jan. Wie das Magyar Nemzet meldet, wurden am Mittwoch vormittag im Hofe des Militärgefängnisses neun wegen Aufreißung beim Begehung zahlreicher Mordtaten zum Tode Verurteilte durch den Strang hingerichtet.

Kleine Nachrichten.

Ludwigschafen, 31. Dez. (Privat.) Der Fabrikant Geh. Kommerzienrat Anton Fasig, Inhaber der Röhren- und Feinblechfabrik Fasig in Ludwigschafen, ist nach zweimonatiger Untersuchungshaft, die er auf Anordnung der französischen Besatzungsbehörde in Saarbrücken verbüßt, aus der Haft entlassen worden.

Wiesbaden, 31. Dez. Die französische Militärbehörde hat den Gemeinabsatz der Soezel verhaftet, weil er die Oberleitungsarbeiten aufgeschoben hat, in ihrer Heimat an der Abstimmung teilzunehmen. Bei verschiedenen Oberleitungsarbeiten wurden Hausdurchsuchungen vorgenommen.

Hamburg, 2. Jan. Der erste Passagierdampfer von Amerika, der 18 000 Tonnen-Dampfer „Randschuria“, ist von New York auf der Elbe eingetroffen. Er ist wegen seines Tiefgangs bei Altenbruch vor Anker gegangen. Außer Passagieren bringt er Stückgutladung.

Hamburg, 31. Dez. Vier wurde der Kaufmann Faust verhaftet, der seinerzeit wegen der Münchener Unruhen eine Rolle spielte. Faust ist überführt, die Todesurteile gegen die Münchener Geiseln mit dem Namen „Faust“ unterschrieben zu haben. Faust ist größtenteils geständig.

Hamburg, 31. Dez. In Neuengamme ist man bei Bohrungen nach Erdgas gestern abend in 280 Meter Tiefe auf Gas gestoßen, das gleich aufgefangen und nach dem Hamburger Gaswerk Tiefstat geleitet werden konnte.

Berlin, 31. Dez. Zur Vorbereitung einer Einheits-Tarifschrift ist von den Vertretern der beteiligten Regierungen ein Oberaufschuß eingesetzt worden. Zur Aufnahme seiner Arbeiten wurde dieser Ausschuß vom Ministerium des Innern nunmehr auf den 13. Januar 1920 einberufen.

Berlin, 2. Jan. Privat. Die Landespolizei beschlagnahmte einer Meldung des Berl. Lokalan. aus Darmen zufolge auf dem Bahnhofe Nittershausen zwei Waggons Schokolade im Werte von einer halben Million, die nach Berlin beschoben werden sollten.

Berlin, 2. Jan. Privat. Dem Berl. Lokalan. zufolge trafen in Dortmund Hafen die ersten Schiffe mit schwedischen Erzen seit Verhängung der Blockade ein.

Paris, 1. Dez. Der sozialdem. Gemeinderat der Stadt Perignen, der man erbeutete Kanonen zugewiesen hatte, die dreits auf dem Bahnhof angekommen waren, hat einstimmig die Annahme dieses Geschenkes verweigert.

Kopenhagen, 31. Dez. Da die Lohnverhandlungen zwischen der hiesigen Telephongesellschaft und den Vertretern der Angestellten in der letzten Nacht ergebnislos verlaufen sind, hat der Telephonstreik heute begonnen. Heute vormittag 11 Uhr legten die Telephonarbeiter in ganz Dänemark die Arbeit nieder. Die Telephonistinnen und die übrigen Angestellten treten heute nacht 12 Uhr in den Ausstand.

Alles wird teurer.

Die Regierung hat die Preise für Mehl, Getreide und Kartoffeln erhöht, indem sie den Landwirten, die ihr ganzes Soll abliefern oder gar über die Pflichtschätzung hinaus, zur allgemeinen Ernährung beisteuern, erhebliche Prämien gewährt. Der Preis für die Wochenration Brot allein steigt dadurch um etwa 80 Pfennig. Auch die Kohlen werden neuerdings teurer. Reichskosterrat und Reichswirtschaftsministerium werden voraussichtlich in den nächsten Tagen einen erheblichen Preisaufschlag bewilligen, der allerdings nicht den Unternehmern zugute kommen soll, sondern der besseren technischen Ausstattung der Gruben und der Ansiedlung von 150 000 Bergarbeitern im Ruhrgebiet dienen wird. Für das Eisen werden neue Höchstpreise festgesetzt werden, entweder im Zwangswege oder durch ein Selbstverwaltungsorgan der Eisenindustrie, und die neuen Eisenpreise bleiben nicht mehr allzuweit hinter dem Weltmarktpreis zurück. Da sie den Unternehmern einen unverhältnismäßig großen Gewinn ermöglichen, wird die Regierung sie zwingen, von jeder Tonne Eisen einen bestimmten Betrag in eine Ausgleichskasse zu zahlen, welche dazu dienen soll, den Preis der eingeführten Lebensmittel zu senken und die dabei entstehenden großen Verluste auszugleichen.

Wenn, Brot, Kartoffeln, Eisen und Kohle teurer werden, wird natürlich auch alles andere entsprechend teurer, und die Kosten der Lebenshaltung werden in den nächsten Monaten erneut um einen Betrag steigen, dessen Höhe sich noch nicht genau abschätzen läßt. Selbstverständlich müssen dann Arbeiter, Angestellte und Beamte ihr Einkommen entsprechend vermehren, da sie sonst verelenden müßten. Die unmittelbare Wirkung des Preisaufschlags auf Brot und Kartoffeln — zweieinhalb Milliarden schätzungsweise — wollen die Unternehmer auf sich nehmen; dazu haben die Arbeitervertreter in den Arbeitsgemeinschaften sie gedrängt und bewogen. Aber natürlich zahlen die Unternehmer diese Milliarde nicht aus eigener Tasche, sondern erhöhen eben um soviel oder unmöglich um noch etwas mehr den Preis der Produkte, und der Verbraucher ist schließlich doch der Leidtragende. Und wenn die Arbeiter durch Anwendung ihrer gewerkschaftlichen Mittel in erhöhten Löhnen den Ausgleich suchen und finden, so steigen die Preise der Produkte weiter, und in einem verhängnisvollen Kreislauf eingespannt, sehen die Arbeiter sich dauernd um ihre Hoffnung betrogen, ihre Lebenslage zu verbessern.

Der einzige Ausweg aus diesem Dammkreis scheint sich in der Sozialisierung zu bieten. Aber ein Blick auf die sozialisierten Betriebe, etwa die Eisenbahn, ist auch nicht gerade sehr beruhigend; und wenn man behauptet, die Staatsbetriebe seien noch gar nicht sozialisiert, weil die Arbeiter und Angestellten noch nicht den nötigen Einfluß hätten, sondern eine zentrale Bürokratie regiere, so ist darauf zu erwidern, daß die Wirtschaftsdiktatur der Räte in Rußland täglich Vortritt gemacht hat, so daß die Volkswirtschaft selbst zur Leitung der sozialisierten Industriezweige durch eine bürokratische Zentralinstanz zurückgeführt sind. Es kommt hinzu, daß auf weiten Gebieten der deutschen Wirtschaft an eine rasche Sozialisierung nicht zu denken ist. In der Landwirtschaft kann in absehbarer Zeit vom Sozialismus keine Rede sein — die Räterepublik Rußland hat auf dem Lande das unbeschränkte freie Privateigentum hergestellt. Aber auch die deutschen Industrien sind vielfach so stark von ausländischen Rohstoffen und Absatz in anderen Ländern abhängig, daß die Sozialisierung den größten Schwierigkeiten begegnet. Eine reine Verstaatlichung empfiehlt sich höchstens für tatsächliche Monopole oder vollkommen ausgebildete Großindustrien mit ziemlich regelmäßiger Produktionsweise.

Nach alledem werden wir nicht warten können, bis die Sozialisierung und der Sozialismus die Lage des arbeitenden Volkes verbessert, denn das Volk will heute leben und morgen möglichst reichlich zu essen haben.

Dazu aber gibt es nur einen Weg. Was die Lebensmittel anbetrifft, so ist zunächst zu beachten, daß die Weltmarktpreise enorm hoch sind. Ein Pfund ausländischen Schmalzes ist gegenwärtig nicht unter zehn Mark zu haben, und auch das Brot aus ausländischem Getreide käme dreimal so teuer wie das deutsche Brot zu erhöhtem Preis. Wir können in nennenswertem Umfange gar nicht einführen, weil wir es zunächst nicht zahlen können. Um den Kern des Problems zu erfassen, müssen wir die Fragen des Preises wissenschaftlich marxistisch auf den Wert der Waren zurückführen. Die Arbeit ist nicht nur die Quelle allen Reichtums, sondern der Wert jeder Ware entspricht auch der Menge gesellschaftlich notwendiger Arbeit, die in ihm steckt. Wenn früher ein Arbeiter täglich einen Stuhl fertigte, und jetzt für diese Arbeit zwei Tage erfordert oder zwei Arbeiter gebraucht werden, so entspricht der Stuhl deshalb doch nur einer bestimmten Menge Lebensmittel, in der die gleiche Arbeitsleistung steckt. Die Arbeitsleistung in der Industrie ist nun außerordentlich gesunken. Da ist es ganz selbstverständlich, daß die Lebensmittel teurer und die Lebenshaltung der Industriearbeiter schlechter wird. Und wenn auch die Arbeitsleistung in der Landwirtschaft sinkt, so wird die Menge der zur Verfügung stehenden Lebensmittel geringer und dadurch die Lebenshaltung der breiten Masse wiederum niedriger. Die Vorgänge werden dadurch kompliziert, daß nicht der volle Arbeitsvertrag den Arbeitenden heute zugute kommt, sondern ein Teil davon vom Unternehmer vorweggenommen wird. Dieser Anteil des Unternehmers ist heute größer als jemals zuvor, denn außer dem deutschen Unternehmer frist am deutschen Arbeitsvertrag die siegreiche Entente, und was sie beschlagnahmt ist mehr, als was je der deutsche Kapitalprofit betragen hat.

Konferenz der Gemeinde- und Staatsarbeiter Badens.

Am 21. und 22. Dezember fanden sich in Offenburg überaus zahlreich Vertreter der Gemeinde- und Staatsarbeiter aus ganz Baden ein, um eine reichhaltige Tagesordnung durchzuführen. Als Verhandlungsleiter wählte die Konferenz die Kollegen Karher-Karlstraße und Hagenmayer-Friedberg zu Schriftführern Steiert-Lahr und Hauser-Karlstraße. Zunächst berichtete Gauleiter Bürker über seine Tätigkeit im Gau. Die Finanzen haben sich bedeutend vermehrt, ebenso der Mitgliederstand. Trotz der Schwierigkeiten seien die Tarifverträge nunmehr alle unter Dach und Fach.

Über den Entwurf einer neuen Gemeindeordnung sprach zunächst Hauser-Karlstraße, von Koll. Bürker wirksam unterstützt, die eine Resolution vorlegte, welche einstimmige Annahme fand. Dasselbe bejagt, daß insbesondere § 69 dringender Umgestaltung bedürftig und daß die Arbeitsverhältnisse in Zukunft durch Tarifvertrag oder Gemeindeordnung zu regeln seien. Die Commission wird beauftragt, umgehend bei den maßgebenden Stellen diesbezügliche Anträge einzubringen.

Mit großer Sachkenntnis referierte Johann Bürker-Karlstraße über unsere Stellungnahme zur Schaffung eines neuen Kurlorgegesetzes. Auch hierzu wurden die Wünsche der Konferenz in einer einstimmig angenommenen Resolution niedergelegt, in der insbesondere gefordert wird, daß das Gesetz auch auf Gemeindearbeiter Anwendung findet, daß die großen Städte einbezogen werden sollen, daß kein Eintrittsgeld erhoben wird und die Beiträge die Gemeinden aufzubringen haben. Gemeinsam mit den Beamten soll auch eine Erhöhung der Prozentanteile für Ruhegelder, Witwen- und Waisenversorgung beantragt werden. Die Commission erhielt den Auftrag, mit Nachdruck dafür bei der Regierung und der Landtagsfraction einzutreten, daß der vorliegende Entwurf in seinen Kernpunkten wesentlich geändert wird.

Über den nächsten Punkt, Stellungnahme zu einem Landestarif, referierte ebenfalls Bürker-Karlstraße. Hierzu hatte derselbe einen vollständigen Entwurf ausgearbeitet, der nach ausgiebiger Aussprache in seinen Grundrissen angenommen wurde und dem Stadtrat unterbreitet werden soll. Bei den zu erwartenden Verhandlungen soll eine Tarifkommission mitwirken.

Infolge vorgerückter Zeit konnte das Referat Weder-Merlin über das neue Verbandsstatut nicht mehr gehalten werden. Beschlossen wurde noch einstimmig, daß der Verbandsbeitrag 90 Pfg. und der Lokalbeitrag 30 Pfg. pro Woche in allen Fällen für männliche Mitglieder betragen solle. Um 5 Uhr abends war Schluß der anregenden Tagung.

Gewerkschaftliches.

Die Buchdrucker im Richte der U. S. R.

Die Berliner Buchdrucker hatten dieser Tage Bahn zum Ausgang. Dabei rasselten die unabhängigen Kandidaten der Opposition mit Karren und Trompeten durch. Die Freiheit, das Zentralorgan der U. S. R., ist über diese bittere Wille so empört, daß sie sich zu folgendem Erguß hinreißen läßt:

Wenn heute in irgendwelchen Versammlungen die Rede auf die Buchdrucker kommt, dann regnet es im allgemeinen recht wenig schmeichelhafte Zusicherungen. Sie gelten bei dem größten Teil der Arbeiterklasse als eine politisch unauffällige, mit Kampfeifer und Berufsdünkel vollgepfropfte Arbeiterkategorie. Von der vielgerühmten Vorkämpferin der Buchdrucker ist insbesondere in politischer Beziehung sehr wenig zu bemerken. Sie schwärmen fanatisch für die Ruhe im Gewerbe, wollen von politischen Streiks nichts wissen und gebären sich als Ordnungsführer. Der „Vorwärts“ lobte deshalb die Buchdrucker während des Generalstreiks im März als Leute mit

„tiefem Verantwortungsgefühl“, weil sie ihren kämpfenden Arbeitsbrüdern die Solidarität bezeugten und erst auf den Druck der gesamten Arbeiterklasse hin den Winkelhaken niederklein und die Maschine stehen ließen. Das Lob des „Vorwärts“ bekommt einen recht bitteren Beigeschmack, denn auch notorische Streifbretter und ähnliche Kreaturen sind für ihn Leute mit tiefem Verantwortungsgefühl.

In diesem unerschämten, die Buchdrucker beleidigenden Geschimpfe des U. S. R.-Zentralorgans, bemerkt der „Vorwärts“ recht treffend:

„Den Beweis, daß wir „notorische Streifbretter und ähnliche Kreaturen“, als Leute mit tiefem Verantwortungsgefühl gezeichnet hätten, wird die „Freiheit“ nicht erbringen können. Die Gleichstellung der Buchdrucker mit solchen Gesichtern kennzeichnet so recht die Denart der „Freiheit“. In wüßtester, bisher in einem Arbeiterblatt noch nicht dagewesener Art wird eine große Arbeiterorganisation beschimpft und in der Achtung der übrigen Gewerkschaftsmitglieder herabgesetzt, nur um deswillen, weil die Buchdrucker ihre Organisation nicht zum Tummelplatz politischer Phantasie und gewerkschaftlicher Ignoranz machen wollen. Die Schimpfepistel ist ein neuer schlagender Beweis dafür, daß es der „Freiheit“ und ihren Hintermännern mit der Beteiligung in den Gewerkschaften nicht auf ernste gewerkschaftliche Arbeit ankommt, sondern daß sie schließlich die Gewerkschaften benutzen wollen, um sie vor ihren verfahrenen Parteifarren zu spannen.“

Da, wo sie mit ihrem „revolutionären“ Phrasenschaal ihre Anhänger in den Sattel bringen, ist die Waffe der Gewerkschaften zielfähig im politischen Denken, erfüllt vom heiligen Jörn über die arbeitervertreterische Taktik der bisherigen Gewerkschaftsführer; wo die unabhängigen politischen Streikbrecher am gefundern Verstand der Arbeiter abprallen, sind es politisch unauffällige Ordnungsführer, mit Kampfeifer und Berufsdünkel vollgepfropfte Individuen, die man mit Streifbrettern auf gleiche Stufe stellt.

Im übrigen sollte die „Freiheit“ nicht allzu sehr gegen die Streifbretter sich wenden. Ein Teil ihrer Anhänger rekrutiert sich doch bekanntlich aus den Schichten, die bis zur Revolution jeder gewerkschaftlichen Organisation aus dem Wege gegangen sind oder die gelbe Bewegung als Betätigungsfeld ihrer proletarischen Interessen bevorzugten.“

Ergebnislose Verhandlungen im Holzgewerbe.

Es dürfte allgemein bekannt sein, daß nach langen Verhandlungen, die sich fünf Monate hinzogen, zwischen dem Arbeitgeberverband für das deutsche Holzgewerbe und den Gewerkschaften der Holzarbeiter ein Reichstattsvertrag vereinbart wurde. Er ist aber nicht zustande gekommen, weil ihn die Unternehmer „stillschweigend“ in ihrer Generalversammlung ablehnten. Die Folge dieses Beschlusses waren zahlreiche Kohnläufe, die zum Teil noch dauern. Um freie Bahn zu schaffen, hat der Deutsche Holzarbeiterverband alle diese Verträge, die durchweg Ortsverträge sind, fristgerecht am 15. November gekündigt. Ungleich wurde den örtlichen Vertretungen der Unternehmer mitgeteilt, daß die Holzarbeiter bereit seien, in neue Verhandlungen einzutreten, bei welchen die Anerkennung des Reichstatts und eine Lohnsteigerung von 20 Prozent die Stunde sowie Erhöhung der Vertragslöhne um den gleichen Betrag fordern würden. Der Arbeitgeberverband hat aus Anlaß der Vertragskündigung eine Generalversammlung abgehalten und auf ihr seinen Vorstand beauftragt, neue Verhandlungen mit dem Holzarbeiterverband anzuknüpfen. Die Vertreter der Parteien trafen am 12. Dezember zusammen. Hier kamen die Unternehmer mit dem Beschluß ihrer Generalversammlung heraus, daß sie vorher wieder schriftlich noch mündlich angeboten hätten, daß nur über den Reichstattsvertrag verhandelt, die Lohnfrage aber örtlich geregelt werden soll. Auf eine solche Teilung konnten sich die Arbeitervertreter nicht einlassen, da die Lohnfrage ein integrierendes Bestandteil des Reichstatts ist. Da die Unternehmer erklärten, daß sie sich für einen anderen Verhandlungsmodus einer Vollmacht versehen müßten, war dieser Versuch einer

Verhandlung gleich bei Beginn gescheitert. Bei dieser Lage der Dinge ist es sehr zweifelhaft, ob es überhaupt noch zu generellen Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband kommt. Die Holzarbeiter werden sich bemühen, ihre Forderungen örtlich zur Anerkennung zu bringen, so daß damit zu rechnen ist, daß die Kohnläufe in der Holzindustrie in der nächsten Zeit einen noch viel größeren Umfang annehmen werden, als sie ohnehin schon haben.

Soziale Rundschau.

Die Hilfsaktion für Deutsch-Oesterreich. Angesichts der Hungersnot in Deutsch-Oesterreich hat die Nationalversammlung die Reichsregierung ersucht, den Deutsch-Oesterreichern mit Weizen auszuweichen. Infolgedessen muß die deutsche Verleihungsbedeutung in einem Monat bei der Weizenration in Höhe von insgesamt 200 Gramm auf den Kopf gekürzt werden. Diese Kürzung wird erfolgen für die Zeit vom 16. Januar bis 15. Februar. Es wird vorausgesetzt, daß sich die Selbstverleiher von dieser Hilfsaktion zugunsten der deutschen Brüder in Oesterreich nicht ausschließen. Die Selbstverleiher wurden von den Kommunalverbänden aufgefordert, von der ihnen zugehenden Ration nicht unter einem halb Pfund pro Kopf in der Gemeinde zur Verteilung zu bringen.

Hilfsaktion für die Wiener Kinder. In sehr beherzigens- und anerkanntenswerter Weise hat sich die Bad. Landwirtschaftskammer Karlsruhe in einem Aufruf ihres landw. Wochenblattes an die badische Landwirtschaft gewandt mit der Bitte, der furchtbaren Not unserer deutschen Brüder in Oesterreich durch Aufnahme von Kindern oder durch Geldspenden zu helfen. Es ist zu hoffen, daß diese Bitte nicht umsonst getan wurde. Die Landwirte sind ja schließlich auch am ehesten noch in der Lage, einem armen, halberhungerten Wiener Kind über den Winter Obdach und Nahrung zu geben. Soffentlich laufen bei der Landwirtschaftskammer Karlsruhe recht viele Vereiterklärungen ein.

Die Lage des Arbeitsmarktes. In der Berichtswache vom 15.-21. Dezember 1913 hat sich die Arbeitsmarktlage infolge der ungünstigen Witterungsverhältnisse wieder verschlechtert, jedoch die Zahl der Erwerbslosen wieder gestiegen ist und zwar von 8004 auf 8588. Diese Steigerung ist allerdings vorwiegend auf die Einstellung von Bauarbeiten zurückzuführen. Obgleich die Kohlenförderung sowohl im Ruhr- wie im Braunkohlengbiet in der letzten Zeit in die Höhe gegangen ist und auch die Wasserstände in dieser Woche noch günstige waren, so daß ein stichhaltiger Grund für die fälschliche Kohlenbelieferung nach Baden nicht gegeben ist, macht sich immer noch ein Kohlenmangel in den Betrieben bemerkbar, der Einschränkungen und Stilllegungen zur Folge hat.

Die Lage in einzelnen Industriezweigen wie besonders in der Metall- und Holzindustrie ist immer noch günstig geblieben, und auch das Handelsgewerbe hat mit seiner Besserung angehalten. Betriebsbeschränkungen wegen Mangels an Rohstoffen mußten wieder in verschiedenen Firmen vorgenommen werden, wobei etwa 270 männliche und weibliche Arbeitskräfte zur Entlassung kamen.

Erwerbslosenunterstützungen wurden im Bereiche der Landesstelle für Arbeitsvermittlung in der Berichtswache 252 904 M. und in der Vorwoche 253 528 M. ausbezahlt. Für Arbeitszeitverlängerung wurden nach den eingegangenen Berichten 37 895 M. verausgabt.

Aus der Partei.

Die Auer Parteigenossen

Senden uns in der Frage des verlangten Austrittes unserer Genossen aus der badischen Regierung eine längere Antwort auf den Artikel des Gen. Weismann: Innerhalb oder außerhalb der badischen Regierung? zu. Wir können sie wegen unseres starken Raummangetes nicht wörtlich zum Abdruck bringen, erwähnen aber aus ihr, daß die Auer Genossen der Meinung sind, lediglich vom politischen Standpunkt aus gesehen, habe Genosse Weismann recht, wenn er sagt: Träte heute die badische Sozialdemokratie aus der Regierung aus, müßte sie heute morgen, wollten wir unsere politischen und wirtschaftlichen Forderungen in der Gegenwart verwirklichen, wieder eintreten. Die Auer Genossen stellen aber die Frage, was hat die im übrigen von ihnen durchaus anerkannte schwere Mitarbeit unserer Genossen in der Regierung für einen Preis, wenn die bürgerlichen Mitglieder der Koalitionsregierung sich auf gegenlegliche Mahnungen an die ländliche Bevölkerung, ihrer Abfederungspflicht zu genügen, beschränken, im übrigen aber den Bauern die häßlichste und die kostigste konsumierende Bevölkerung billig ausliefern? In Aue z. B. habe man immer nur für einige Tage Lebensmittel und Kartoffel fast gar nicht. Da zeige der Gebuldsfaben. Die ärmern Schichten der Bevölkerung seien doch nicht dazu da, um sich ewig bedornunden und entregnet zu lassen. Die Auer Genossen wüßten auch, daß man durch Anwälungen nicht von heute auf morgen ein gelobtes Land schaffen könne, allein auf die Dauer erzeugten die jetzigen Zustände unter den Parteigenossen Mißmut und Verwilderung. Der Regierung sei noch die Nachprüfung empfohlen, wie die deutschen nationalen Abgeordneten draußen auf dem Lande gegen die Erfolge und ihre Durchführung agitieren, die sie im Landtage selbst mit beschloffen haben!

Gen. Weismann, dem wir die Resolution zur kurzen Gegenüberwiderung übermittelten, bemerkt hierzu: Die von den Auer Genossen erhobenen Klagen sind gewiß begründet; aber als Sozialisten wissen wir doch, daß es nicht nur auf die tatsächliche Feststellung der vorhandenen Mißstände ankommt. Vielmehr muß die weitere Frage gestellt werden, wie schaffen wir Abhilfe? Und in diesem Punkte verjagen auch die Auer Genossen. Sie geben kein Mittel an, wie es nach dem eben! Austritt unserer Genossen aus der Regierung, den sie verlangen, anders und besser werden könne. Solange das aber nicht der Fall ist, bleibt auch der badischen Sozialdemokratie gar nichts anderes übrig, als allmählich und unter voller Ausnutzung ihres Einflusses innerhalb und außerhalb der Regierung die furchtbaren Wunden zu heilen, die der Weltkrieg dem gesamten deutschen Volke geschlagen hat.

n. Aue, 20. Dez. Sozialdemokratischer Parteitag. Wir machen die Parteigenossen auf die nächsten Sonntag mittag 1/3 Uhr im Gasthaus „Zur Blume“ stattfindende Versammlung aufmerksam, in welcher Parteigenosse und Arbeitsminister Leopold Kückert aus Karlsruhe über die politische Lage im Reich und in Baden sprechen wird. Im Hinblick auf diese wichtige und interessante Tagesordnung werden die Parteigenossen ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.

3. Ordingen, 30. Dez. Ueber das aktuelle Thema „Was will die Volkspartei?“ spricht am kommenden Sonntag, 1. Jan., abends 1/2 Uhr, im Gasthaus „Zum Adler“ Stadtpfarrer Kober-Karlstraße. Jedermann, besonders aber die Leser der Parteipresse und die Frauen sind zu dieser Versammlung eingeladen.

g. Oberkirch, 1. Jan. Nächsten Sonntag, 4. Januar, morgens 10 Uhr, findet im Gasthaus zum „Badischen Hof“ eine Parteiverammlung statt. Es ist Pflicht der Genossen, pünktlich und vollzählig zu erscheinen; auch die Leser der Parteipresse sowie die Mitglieder der freien Gewerkschaften sind eingeladen.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Badisches Landes-theater.

„Die Rabenfeindin“, Schauspiel in 4 Akten von Ernst von Wildenbruch.

Die literarische Kritik hat an diesem einst so ungeschmeichelhaften Werk mit Recht Wandel zu tun, aber rein als Theaterstück betrachtet und auf ein unbegrenztes Publikum bezogen ist es wegen seiner Wirkung nicht zu verachten. Der Stoff bringt eben schon Vieles, das von vornherein gefallen muß: Raubritterromantik, Leben und Treiben der Schnapshöhne auf einem festen Bergneß, Ueberfall und Kampf alles das genossen um eine fabelhaft stimmungsvolle Liebesgeschichte mit überraschendem schönen Ausklang, dazwischen auch einige — wenn auch künstlich — deplazierte — weitere Anklagen gegen die Reichen und Gatten, eine Konzeption an die soziale Zeitendenz. Von den zahlreichen beschrifteten Personen, fiel besonders der witzvolle Kunnenmacher Hircis angenehm auf, während Raskin im Bestreben, die Bedeutung seiner Rolle zu heben, sich einmal in der Donamit offensichtlich vergriff. Dagegen gab einen ziemlich plebejischen Partizier, eine Art Barbent mit Einschlüssen teils freiwilliger teils unfreiwilliger Komik, woran freilich die vertrackte Sprache des Buches ihren Schuldteil mitträgt. Bruno Schönfeld als Bartolome Weller hatte sich schon herausgemacht (auch neulich als Zellheim), ein hübscher zu schön. Er konnte seiner übrigens gewinnenden Figur an Männlichkeit unwohlwollig zulegen, als er am Schluß abtrat. Seine Partnerin, Thea Maria Benz, brachte als Verlobte mehr Wärme auf denn als Magda und erregte durch Schlichtheit und eine frische, burleske Haltung, die ihr gut stand und mehrfache Hervorrufe eintrug. Doch hat diese mehr passive und stofflich so dankbare Rolle ihr doch nicht die rechte Gelegenheit zur Entfaltung ihres schauspielerischen Könnens, und wir müssen hinter ihre Qualifikation als Heroine das neulich gemachte Fragezeichen so lange aufrecht erhalten, bis uns ein unzweifelhafter Beweis überzeugt. Diese kleinen Mängel trüben aber nicht den hochfreudlichen Gesamteindruck, für den man unsern sicheren und vielseitigen Spielteiler Reichers danken muß. — Am heutigen Freitag geht das Stück als Volksvorstellung in Szene. Wir begreifen das und wollen nicht veräumen, unsern Lesern den Besuch dringend ans Herz zu legen. Es ist ein echtes und richtiges Volksstück, die Großen beiderlei Geschlechts werden sich daran ebenso erfreuen wie die reifere Jugend. Es wäre jammer schade, wenn die Parteigenossen von der gebotenen Gelegenheit wiederum so wenig Gebrauch machten wie kürzlich im „Gas“. Das Werk bedarf zum Verständnis keiner Erläuterung und entspricht somit durchaus dem üblichen Verfahren der Intendanz, bei Vorübungen für das arbeitende Volk langsam vom Leichteren zum Komplizierteren aufzusteigen. Ein andererseits mühte die Theaterleitung in dieser Hinsicht bestärken und ihr zeigen, daß sie hierin auf dem rechten Wege ist.

Morgenveranstaltung im Badischen Landes-theater. Der Karlsruher Theaterklubverband sieht seine Aufgabe auch darin, zu wichtigeren Neu-Aufführungen der Oper und des Schauspielers Einführungs-vorträge zu veranstalten. Der erste derartige Vortrag wird in den Geist des Mythenkults „Gawga“ von Eduard

Theater, Kunst und Wissenschaft.

„Die Rabenfeindin“, Schauspiel in 4 Akten von Ernst von Wildenbruch.

Literatur.

Von der Neuen Zeit ist soeben das 13. Heft vom 1. Band des 33. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Saint-Simon als Gesellschaftstheoretiker. Von Heinrich Einow. — Zum Aufbau der Arbeitsfrage. Von Gustav Sadtke. — Sozialismus und Ethik. Von Arthur Heiken. — Die Mannheimer Kunstbewegung. Von Dr. John Schilowski. — Zur Kritik des Taylorismus. Von Karl Niehn (Hiel). — Literarische Rundschau: Wilh. Halbfaß, Deutschland, neue deine Wasserkräfte. Von G. Fehlinger. Albert Müller, Die Entwicklung der deutschen Judenindustrie, die bevorstehende Gefahr des Zusammenbruchs dieser Industrie, dessen Ursache und Verhütung. Von Dr. Rudolf Jeremias Krenk. Die große Phrasie. Von Jerna Hoff.

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 6,50 M. das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 50 P.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung. Die Neuerscheinung des „Wahren Jabs“ ist soeben erschienen. — Der Preis der Nummer ist 20 Pfg. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag, J. G. Dietz Nachf. G. m. b. H., in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Kolportageuren zu beziehen.

Der neue 68. Jahrgang der Originalausgabe des „Badischen Geschäftskalenders“ (Verlag von Moritz Sämannburg in Lahr, Baden) liegt vor. Wie man anders zu erwarten war, wurde bei dessen Neubearbeitung für 1920 zunächst auf die Staatsumwälzung im vergangenen Jahre Rücksicht genommen und deshalb an erster Stelle eine kurze geschichtliche Darstellung und im Anschluß daran der Wortlaut der neuen badischen Verfassung gebracht. Im übrigen Inhalt sind selbstverständlich die zahlreichen neu errichteten Amtsstellen sowie die Umgruppierung alterer und die dadurch entstehenden Personalveränderungen in Staats- und Gemeindeverwaltung bis auf die neueste Zeit durchgeführt. Die Neuwohnen zur Nationalversammlung bieten der Verlagsbuchhandlung Veranlassung zur Herstellung eines weiteren Heftes des badischen Kalenders — es sind nun im ganzen 10 Hefte erschienen —, das die Käufer der Originalausgabe des „Bad. Geschäftskalenders“ ihrer Sammlung einverleiben können. Dem Titel vorangestellt ist noch ein sehr gut gelungenes Gruppenbild sämtlicher Minister der ersten badischen Volksregierung. Im ganzen ein schönes Heftchen, das den Benutzern in der Neubearbeitung recht wertvolle Dienste leisten wird. Der neue Jahrgang kostet geb. M. 2,50, mit Schreibpapier durchgeschossen M. 3,—, in Leber geb. M. 3,50 und mit Einnahe M. 4,—, Ausgabe in Adellen M. 3,— und 10 Pfg. Feuerungszulage. Porto 30 P. Er ist in allen Sortimentsbuchhandlungen vorräthig oder kann gegen Voreinsendung des Betrages von der Verlagsbuchhandlung von Moritz Sämannburg in Lahr (Baden) bezogen werden.

Aus dem Lande.

Seibelsheim b. Bruchsal, 31. Dez. Bei der Bürgermeisterwahl wurde der bisherige Bürgermeister Zimmermann mit 80 gegen 27 Stimmen wiedergewählt.

Dettingheim bei Mastatt, 30. Dez. Die Besucherzahl des bekannten Volksschauspiels zu Dettingheim war im Spielommer 1919 mit 80 000 Personen die größte seit Einführung der Spiele. Der ideale Zweck der Spiele, unserem Volke eine Stätte der Erholung zu schaffen, wurde erreicht. Hand in Hand mit dem idealen Erfolge ging auch der materielle, sodass der Spielverein das Unternehmen weiterführen und ausbauen kann. Das Unternehmen konnte entschuldet und bedeutende Ueberschüsse konnten gemeinnützigen Zwecken zur Verfügung gestellt werden. Die Spielleitung beabsichtigt, im nächsten Sommer mit dem alten Glanzstücke der Dettingheimer Naturbühne, Schillers Zell, wieder an die Öffentlichkeit zu treten.

Rehl, 31. Dez. Die Diebstähle, die auf die Bezahlung zurückzuführen sind, mehren sich in letzter Zeit in auffällender Weise. So sind jüngst aus der reichhaltigen Bücherei der Realschule alle französischen Werke über Geschichte, Literatur verdrängt. Auch die Büste Friedrich Schillers wurde weggenommen und zwar anscheinend von einem unkundigen französischen Soldaten, der sie wohl für die Büste eines deutschen Monarchen hielt. Nach wie vor sind die Böden außerordentlich groß, welche die Gemeinde durch die feindliche Bezahlung zu tragen hat. Erst jüngst mußten über 400 Eier Holz den Feinden abgeliefert werden, ohne daß dafür von Entschädigung gesprochen wurde.

Kalbach bei Schopfheim, 30. Dez. Infolge der starken Regengüsse scheint das Wasser sich im Boden einen Ausweg gesucht zu haben, wobei der Abhang im sogenannten Kehegraben unterwaschen wurde und dem „Marigräfler Tagblatt“ zufolge ein bedeutender Erdrutsch eintrat. In etwa 120 Meter Länge und 60 Meter Breite ist das Gelände auf 20 bis 30 Meter weggerutscht, dabei wurden die elektrische Leitungstänge und andere Gegenstände mitgerissen.

Freiburg, 1. Jan. Die badiische und die württembergische Regierung stehen im Begriff eine Vereinbarung abzuschließen, wonach für beide Länder der landw. Hochschulinstitut in Hohenheim bei Stuttgart erteilt wird. (Wie gemeldet wird dagegen der gemeinsame forstwirtschaftliche Hochschulinstitut an der Universität Freiburg eingerichtet.) Die forstliche Abteilung der Universität Tübingen, ebenso diejenige der Technischen Hochschule Karlsruhe werden aufgehoben. Ueber Forstwissenschaft wird lt. „Freib. Ztg.“ der bisherige Tübinger Universitätsprofessor Prof. Dr. Chr. Wanner in Freiburg lesen.

Neufach b. Heberlingen, 31. Dez. Auf der Straße nach Etesanfeld wurde der 55jährige Handwerksbursche Chr. Göb ertrunken aufgefunden.

Tobtmaas, 31. Dez. Das Hochwasser hat hier einen Schaden von 100 000 M angerichtet.

Dessenheim b. Seibelsberg, 1. Jan. Der Waldbesitzer Lambert versuchte, in der Nacht zum Mittwoch seine Frau zu ertränken. Als er mit einem Beil auf die Frau einschlug, erwachte diese und der Täter stand von seinem weiteren Vorhaben ab. Die Frau ist sehr schwer verletzt. Lampert wurde verhaftet.

Werdach b. Tauberhofsheim, 31. Dez. Der 55jährige Kronenwirt Eduard Pfeiffer wurde an einem der letzten Abende von dem 59 Jahre alten Mühlebesitzer Georg Ziegler erschossen. Zwischen den beiden war es zu einem Wortwechsel gekommen, worauf Pfeiffer dem Ziegler das Lokal verbot. Dieser schwor Rache und schoß aus einem gegenüber der „Aronne“ gelegenen Garten in die Wirtschaft. Hierbei wurde Pfeiffer ins Herz getroffen und sofort getötet. Ziegler machte darauf seinem Leben durch Kopfschlag ein Ende.

Tauberhofsheim, 30. Dez. In der Pfarrkirche wurden am Sonntagabend zwei Opferfische erbrochen. Da sie kurz zuvor entleert worden waren, dürfte dem Räuber kein großer Betrag in die Hände gefallen sein. In der letzten Woche wurden in der Kapelle auf dem Steinsberg (Stannenberg) drei Heiligenfiguren auf den Boden geworfen und teilweise beschädigt. Der Altaraufbau ist auf der rechten Seite herausgerissen worden; der Tragarkstein wurde herausgenommen, wahrscheinlich vermutete der Täter darunter Geld oder kostbarkeiten. Die Altardecke und ein Leuchter werden vernichtet.

Fremdenverkehr und Volksernährung. Das Ministerium des Innern hat die Bezirksämter angepöbeln, die erlassenen, den Fremdenverkehr einschränkenden Anordnungen, angefertigt der ungünstigen Ernährungslage auch über den 31. Dezember hinaus bis auf weiteres aufrecht zu erhalten. Eine Wiederzulassung des unbeschränkten Fremdenverkehrs ist vorerst nicht angeht.

Goldwäscherei im Rhein. An eine Wiederaufnahme der im vergangenen Jahrhundert eingeschalteten Goldwäscherei im Rhein ist wohl nicht zu denken. In den Jahren 1804 bis 1869 sind in 47 badiischen Gemeinden von Albrunn bis Oberhausen 282 kg Rheingold im Werte von rund 750 000 M gewonnen worden. Die Gewinnung kann nur erfolgen durch Wäschen des Sandes, der auf etwa 1 500 000 Gewichtsteilen ein Zehntel Gold enthält. Bei den heutigen Betriebskosten ist die Goldwäscherei nicht mehr lohnend. Großbetrieb ist, wie in den Mitteilungen der Handelskammer zu Karlsruhe geschrieben wird, unmöglich, da goldführende Sandablagerungen in größerem Umfange nirgends beobachtet wurden, und außerdem durch die Stromregulierung die Bildung solcher Goldgründe gehemmt ist.

Der badiische Waldbesitzerverband hielt in Offenburg eine Hauptversammlung ab. Aus den Verhandlungen ist hervorzuheben die Stellungnahme des Verbandes zum neuen Landwirtschaftsministerium. Als Mindestforderung wurden 6 Vertreter der Forstwirtschaft verlangt, wovon 4 durch den Waldbesitzerverband und 2 durch die staatliche Forstverwaltung ernannt werden sollen. Ferner soll die Vertretung des Waldbesitzes den überwiegenen Einfluß im forstwirtschaftlichen Ausschuss erhalten, der im übrigen auch Landwirte und Waldarbeiter umfassen soll. Der von der Regierung angestrebten Erhöhung des Holzpreises wurde unter der ausdrücklichen Voraussetzung beigestimmt, daß das Holz auch tatsächlich der Allgemeinheit zugute komme und nicht einzelnen Unternehmen die Taschen füllen oder gar ins Ausland wandern soll. Die bei den Verteilungen der jüngsten Zeit erzielten ganz bedeutenden Langholzpreise wurden als zu hoch bezeichnet. Es wurde darauf hingewiesen, daß diese Preise, die der Waldbesitz nicht verlangt hat, im Interesse der Allgemeinheit wieder abgehängt werden sollen.

Gerichtszeitung.

Diebstehle. Der Fabrikarbeiter Johannes Baier aus Forst und der Fabrikarbeiter Vilus Wöser stahlen in der Nacht zum 28. September in Hambüden aus einem Stalle eine kräftige Kuh und Zuchtstuh im Werte von 3000 M und schlachteten sie in der Kegelstube des Wäters eines der beiden Diebe ab. An dem Diebstahl ist noch ein unbekannter Dritter beteiligt, der aber entkommen ist. Das Fleisch verkaufte die Diebe für 1200 M an einen Metzger, der wegen Schwarzschlachtung bereits bestraft ist. Wegen schweren Diebstahls wurden Baier und Wöser zu je 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Briefkasten der Redaktion.

Schülerinzel 283, gef. 19; Rehl 434, gef. 54; Ragau 754, gef. 42; Mannheim 827, gef. 7 Am

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 2. Januar.

Die Neujahrsfeier

verließ bei niedriger Temperatur auch unter dementsprechend gedrückter Stimmung. Die Sorgen des Alltags und die Not lasten auf der großen Masse allzu schwer. Unter dem üblichen feierlichen Glockengeläute wurde der Eintritt ins neue Jahr vollzogen. Die meisten Bewohner verbrachten die Jahreswende in ihren zum Teil ungeheizten Wohnungen und der Besuch der Wirtschaften und Kaffeehäuser war durchaus nicht so stark wie früher. Die Besucher derselben haben das erwartete gute Geschäft nicht gemacht.

Zum reinsten Unfug artete aber die Schieberei aus. Hauptächlich jüngere Leute, sogar Schüler, ließen massenhaft Raketen, Frösche und dergleichen leichtere Schießkörper los. Hier wäre es doch Aufgabe der Eltern, ihre Söhne und halbwüchsigen Mädchen zu Hause zu behalten und nicht bis nach Mitternacht auf der Straße herumtoben zu lassen. Die „großen Kinder“ führen natürlich mit größeren Kalibern auf, ihnen genügt nicht Raketen und Frösche, sondern es wurden „Buntstücke“ vom Felde herangeholt und sogar Handgranaten, Leuchtflugeln, Armeerevolver usw. mußten herhalten, um den Schießkrampf zu vergrößern. Solch lebensgefährliches Treiben kann nicht genug verurteilt werden, und es wäre zu wünschen, daß noch die gegenwärtige Generation sich zu einer höheren Auffassung für derartige Feiern aufschwingen möchte.

Der Polizeibericht meldet über die Neujahrsnacht: Wegen Abbrechen von Feuerwerkskörpern in der Neujahrsnacht gelangten 37 Personen und wegen Schießens mit Revolvern 3 Personen zur Anzeige. Ferner gelangten zur Anzeige zwei Kaufleute wegen Verkauf von Feuerwerkskörpern.

Erhöhung der Brot- und Mehlpreise.

Einer Bekanntmachung des Nahrungsmittelamts zufolge tritt von heute ab der in das Familienratet so tief einschneidende erhöhte Brot- und Mehlpreis in Kraft. Der Stadtrat hat die Preise wie folgt festgesetzt: 1500 Gramm Brot 1,75 M, 750 Gr. Brot 0,88 M, ein 100 Gr. Brot 0,18 M; Weizenmehl 80 Prozent 1 Kilogr. 1,30 M, Roggenmehl 82 Prozent 1 Kilogr. 1,24 M. Die Gründe des Aufschlags liegen, wie regierungsmäßig erklärt wird, darin, daß zur Dedung der für die Ablieferung von Brodtreibe und Getreide gezahlten Prämien die Reichsgetreidestelle den Preis für Mehl vom 1. Januar ab um 46,50 M für den Doppelzentner erhöht hat. Der badiische Völkerverband hat aus diesem Anlasse eine Erhöhung des Bruttoverdienstes der Bäcker von bisher 34,40 M auf 50 M oder um rund 45 Proz. begehrt. Die Regierung hat aber nur einer Steigerung des Verdienstes um 100 Kilogramm Mehl.

Die Winterferien der freien Turnerschaft.

Den freien Turnern muß das Lob gezollt werden, daß sie bei ihren Veranstaltungen nicht nur mit einem reichhaltigen sondern auch mit einem qualitativ sehr beachtenswerten Programm aufwarten. Das beweisen auch wieder die gelungene Veranstaltung. Daß das Programm größtenteils turnerische Darbietungen enthielt, ist ein Zeugnis, wie überaus ernst die freie Turnerschaft die Lebensbedingungen pflegt.

Die Abteilungen der Ost- und Südstadt veranstalteten gestern mittig im „Apollon“ eine Familienunterhaltung. Schon vor Beginn der Veranstaltung war kein Sitzplatz mehr zu erhalten und noch immer strömten neue Scharen heran, jedoch auch die Stehplätze Kopf an Kopf „besetzt“ waren. Besonders war die Jugend aller Altersklassen, die Zukunft der freien Turnerschaft, überaus stark vertreten. Und auch die Jugend, nämlich Schüler der Abt. Oststadt, eröffnete den Reigen der Aufführungen mit Freilübungen. Alle Augen waren auf das fleißige Jungvolk gerichtet, das seine Arbeit ergott erledigte. Mit Verfall überglücklich, betrug sie das Publikum. Ihnen folgte eine Abteilung Turner der Stadt mit Reulenschwingen, die von recht guter Schulung und Geländebewußtsein zeugten. Auf dem Gebiete der Barriere-Akrobatt betätigten sich die Turnen. Volk und Deutsch. Ihre Leistungen sind sehr hervorragend zu nennen, jedoch dieselben in jedem Parteele auch verdöhnten Anprüden genügen würden. Ein Schwanz, betitelt „Turnerliebe“, ging flott über die Bretter und löste allgemeine Befriedigung aus. Schüler der Abt. Südstadt führten schwierige Indubareize vor, die mit großem Ernst und harmonisch durch die kleinen Reihen bewältigt wurden. Eine Mufferriege am Red. mit zum Teil in Turnereinzelstufen verkleideten Turnern, zeigte anerkanntenswerte Leistungen in der „höheren Turnkunst“. Wiederum traten die Schüler der Südstadt an, die Anwesenden mit Langschubübungen zu erfreuen; auch sie erledigten ihre Aufgabe glänzend. Den Gipfel der turnerischen Darbietungen bildeten die Pyramiden, die von ca. 50 Schülern der Oststadt dargestellt wurden. Mit Verze zeigen hier unsere Kleinen, was sie gelernt haben und ihre Auführungen hinterlassen einen überaus wirkungsvollen Eindruck. Ein „Kompetenzsolo“ des Turnen. Schläger lieferte gute Aufnahme, ebenso der Solobortrag des Mandolin-Quartetts „Seib“. Welche musikalischen Leistungen fanden auf anerkanntenswerter Höhe und berrieten gute Schulung. Den Schluß des Programms bildet eine Pantomime, die zum Kranzflachen reizte infolge ihrer Originalität und guten Wiedergabe. Unröhm war die Feier mit tadellosen Musikvorträgen, sodas alles auf seine Rechnung kam.

Die Abteilungen Weststadt und Mühlburg hatten ihre Mitglieder und Freunde in den Saal des „Kühlen Krug“ geladen. Auch hier war der geräumige, neu hergerichtete Saal schon lange vor Beginn voll besetzt, Kopf drängte sich an Kopf, die Stühle reichten bei weitem nicht aus. Auch in der Weststadt und Mühlburg hat nun die Arbeiterschaft die Bedeutung der Arbeiterportbewegung erkannt, die Abteilungen befinden sich denn auch in glänzendem Aufstieg. Die turnerischen Darbietungen verdienen uneingeschränktes Lob. Die leitenden Turnwart hatten alle Vorführungen mit Umsicht und Sorgfalt eingelebt, und in den Ausführungen der Turner zeigte sich, daß alle mit Lust und Liebe bei der Sache waren, es war bei keiner Darbietung auch nur der geringste Fehler zu bemerken. Das Reulenschwingen der Abteilung Mühlburg und das anschließende Barrenturnen der Abteilung Weststadt zeigten, daß die freien Turner jeder Sportart gleiche Pflege angedeihen lassen, bis ins kleinste Klappnetz. Prächtige Bilder brachten die Barrenpyramiden und Freilübungen der Schülerabteilungen, schon haben sich vom verunkleinten Saal aus, die kunstvoll aufgebauten Gruppen auf der hellen Bühne ab. Auch die Abteilung Weststadt lieferte einige weitere Barrenpyramiden, die allgemeine Bewunderung auslösten, wie überhaupt alle Leistungen mit starkem Beifall ausgezeichnet wurden. Ein Vortragskonzert der Abteilung Mühlburg zeigte, daß in der freien Turnerschaft auch der Volkstanz gepflegt wird, der hübsche Reigen fand heiteren Beifall. Den Abschluß und Glanzpunkt der Feier bildeten die von der Abteilung Mühlburg ge-

stellten Marmorgruppen. Die Bilder, die unter dem Titel „Arbeit“ zusammengefaßt waren, erregten laute Bewunderung und lebhafteste Anerkennung. Was die Turner hier boten, waren auch Glanzleistungen vollendetster Art. — Zu diesem rein turnerischen Programm gefellte sich noch eine Reihe künstlerischer Darbietungen. Der Zitherklub Mühlburg zeigte mit seinen sauber gespielten Zitherkonzerten, daß die Zither nicht verdrängt, im Vergessenheit zu geraten, wie es leider den Anschein hat. Die Zither ist ein Volksinstrument und es ist hoch erfreulich, daß gerade Arbeiter sich der Pflege dieses Spiels widmen. Die beiden Arbeiter-Gesangvereine „Vollchor-West“ und „Gemischter Chor Bruderbund“ wetteiferten im Vortrag von Männerchören und gemischten Chören; die Leistungen verdienen vollste Anerkennung, sie zeigten, daß in beiden Vereinen der Gesang eine würdige Pflegestätte hat, jedes Lied kam in feiner ganzen Eigenart zum Vortrag, ward in seinem Gehalte voll ausgeschöpft. Beide Chöre trugen einen guten Teil zum so prächtigen Gelingen der Feier bei. — Ein Komptensolo des H. Lautenschläger brachte in schönem, fauberen Vortrag eine hübsche Abwechslung, während Hg. Müller durch einen schönvoll gesprochenen Prolog den Auftakt zur Veranstaltung gab.

Beide Veranstaltungen, die mit einem Ball endeten, verliefen also vorzüglich. Anstrengende Stunden sind ihnen vorausgegangen. Den Turnwart und sonstigen Funktionären gebührt alle Anerkennung für ihre Arbeit. Sie haben dieselbe in uneigennützigster Weise unserer Jugend zuliebe geleistet, im Interesse der Volksgesundheit und dieses Wohlfühlens mag sie mit Stolz erfüllen. Mögen aber die der freien Turnerschaft noch fernstehenden sportliebenden Arbeiter auch aus dieser Veranstaltung ersehen, daß die freie Turnerschaft ihre hohe Mission zu erfüllen vermag und daß nur dort der Platz für den sporttreibenden Arbeiter sein kann. Dem Vereine wünschen wir auch im neuen Jahr weitere Erfolge und einen glänzenden Aufstieg.

Das Jahr 1920 ist ein Schaltjahr, der Monat Februar hat 29 Tage. Und somit, was sehr selten vorkommt, fünf Sonntage. Die Karwoche beginnt im neuen Jahr am 28. März und das Osterfest fällt auf den 4. und 5. April. Das Pfingstfest wird noch im Mai und zwar am 23. und 24. gefeiert werden. Zwei Sonnen- und zwei Mondfinsternisse werden im Jahre 1920 stattfinden, von denen bei uns jedoch nur die erste Mondfinsternis in der Frühe des 3. Mai und die zweite Sonnenfinsternis am 10. November nachmittags, soweit es eben das Wetter läßt, bei uns sichtbar sein werden. Bei den Israeliten ist das 5620. Jahr der Welt.

Der Januar, der erste Monat des neuen Jahres, verdankt seinen Namen dem doppeldeutigen Janus, dem Gotte alles Anfangs, dem im alten Rom nicht nur der erste Monat des Kirchenjahres (Januaris), sondern auch der Tagesanfanges, die Vornatserien geheiligt waren. Langsam nimmt im Januar die Tageslänge wieder zu. Der Januar ist der eigentliche Wintermonat. Trotz der zunehmenden Tagesbelichtung fallen die Sonnenstrahlen noch viel zu schwach und zu kurze Zeit auf die Erdoberfläche, sodas die Abkühlung weitere Fortschritte machen kann. Der Januar heißt deshalb auch vielfach Schneemonat oder Hartung (Harmonat). Nach alten Sprüchen sind Sonnenchein und Wetterstand in den ersten Januartagen vorbedeutend für das ganze Jahr. Eine Bauernregel sagt vom 2. des neuen Monats: „Wie das Wetter an Martini war, so wird's im September trüb oder klar“; eine andere meint: „Wenn Vinzenz (22.) hat Sonnenchein, hofft man auf viel Korn und Wein“. Gleich in die ersten Tage fällt ein Feiertag, der Dreifönigstag, der allerdings bei uns kein geistlicher Feiertag mehr ist.

Sozialdemokratischer Verein. Bezirk Weststadt. Am Samstag, 2. Januar, abends 8 Uhr, findet in der Weststadt „Unter den Linden“ eine Kommissionskunft statt, zu der die Straßenobleute und Vertrauensmänner eingeladen sind.

Vom Eisenbahnverkehr nach der Pfalz. Die Generaldirektion der badiischen Staatsbahnen teilt uns mit: Der Eisenbahnverkehr über die Schiffbrücken bei Ragau und Speyer ist wegen Hochwasser seit 27. Dezember 1919 demittags unterbrochen. Die badiischen Züge verkehren nur bis und ab Ragau und Lufthof. Der Fußgängerverkehr über die Brücke bei Ragau ist vorerst noch nicht möglich. Der Gesamtverkehr (Abezug Speyer) wird über Mannheim geleitet. Die Dauer der Unterbrechung ist unbestimmt. Vom Freitag, den 2. Januar 1920 an wird die Prüfung der Ausweisepapiere der nach und von der Pfalz über Ragau ein- oder ausreisenden Personen nicht mehr in Ragau, sondern für beide Richtungen in Maximiliansborn vorgenommen, wo alle Personenzüge zu diesem Zwecke anhalten.

Herr Landtagsabg. Walter läuft zum Rabi. Der christlich-nationale Landtagsabg. Friedrich Mayer (Karlsruhe) hat den Vorsitzenden der hiesigen Ortsgruppe des Zentralvereins der deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens, Rechtsanwalt Jakob Katz, wegen Verleibung verklagt, verliert durch Veröffentlichung eines zwischen den beiden Parteien stattgefundenen Briefwechsels durch Rechtsanwalt Marx.

Landesverband der Milchhändlergenossenschaften. Die am 27. Dezember in Karlsruhe stattgefundene Sitzung des Vorstandes des Landesverbandes der Milchhändlergenossenschaften badens beschloß sich u. a. mit der Frage der Erhöhung der Verdienstspanne für den Handel. Die Verammlung war einstimmig der Ansicht, daß bei der kommenden Milchpreiserhöhung auch dem Handel ein einigermaßen entsprechender Verdienst zugebilligt werden müsse. Es wurde einstimmig beschlossen, bei den zuständigen Stellen unverzüglich einen dementsprechenden Antrag zu stellen.

R. Darlandens. Weihnachtsfeier des Arbeiter-Madfabrikverbands „Solidarität“. Einen anerkanntenswerten und wirkungsvollen Verlauf nahmen die Weihnachtsfeier am 28. Dez. sowie die Kinderbesetzung am 28. Dez. in der „Linde“. Die Weihnachtsfeier wurde durch Reigen, Pyramidenbau, Fußballspiel und die Kinderbesetzung durch einen Karneval, zahlreiche Vorträge und ausgeführt. Dieser genutzte verbracht. Der Schluß der Veranstaltungen war den Anwesenden genöht und der Erfolg zugunsten der Kinderbesetzung hervorzuheben. — Als Erfolg kann die Ortsgruppe im Monat Dezember ca. 30 Neuaufnahmen, weibliche und männliche, verzeichnen. Die Verwaltung macht sich zur Pflicht, mehr wie bisher sich der Jugend zu widmen und den Saalport immer mehr auszubauen. Pflicht aller Mitglieder ist es aber auch in diesem Sinne mitzuwirken.

Die Bad. Lokal-Eisenbahn-N.G. (Uthalbahn) sieht sich auf Grund ihrer durch die Folgen des Krieges herbeigeführten Lage gezwungen, zum 2. Januar den fälligen Zinsabschnitt ihrer Teilschuldverschreibungen nicht einlösen zu können.

Vom Zeitungsgewerbe. Herr Lärz, bisher Direktor der Süddeutschen Verlagsanstalt in Mastatt, hat die geschäftliche Leitung der Badiischen Druck- und Verlags-Gesellschaft m. b. H. bei der die „Badiische Landeszeitung“ erscheint, übernommen.

Aus dem Fenster gestürzt. Heute früh hat sich ein in der westlichen Kaiserstraße wohnendes 63jähriges Fräulein aus unbekanntem Beweggründen aus dem Fenster ihrer im 4. Stock gelegenen Wohnung gestürzt, was ihren sofortigen Tod zur Folge hatte.

Verhaftet wurden: Ein Metallschleifer von hier, der in letzter Zeit hier Gartenhütten erbaute und daraus ein Schwert sowie Ziegen entwendete, sowie ein Schreiner und eine Dienstmagd, welche ihm beim Abbau des Reiches beihilft waren.

Karlsruher Fußball-Verein
e. V. 10117
Schirmherr:
Prinz Max von Baden.
Geschäftsstelle:
Zirkel 29. Tel. 1193.
Allgem. Veranstaltungen
wie bekannt!
Sonntag, d. 4. Jan. 1920
auf unserem Sportplatz
F.-C. Pforzheim I.
im Ligaspiel
gegen
K. F.-V. I.
Beginn 4/8 Uhr.
Alles Nähere Plakate!
Voranzelgen!
Donnerstag, d. 8. Januar
8 Uhr
Junioren-Versammlung
auf dem Sportplatz.
Samstag, den 17. Januar
8 Uhr 1031
Außerordentliche
Mitglieder-Versammlung
i. Moninger Gartensaal.

Tierdreh-Verein.
Die Ausgabe der Tier-
dreh-Kalender erfolgt
durch Nachschub verspätet,
ist Anfang Januar.
Beitragszahlung er-
halten durch das den Kalen-
dern beiliegenden Postcheck-
formular.
Winterfutter f. Hase
wird bei andauerndem
Frost an die Verleger der
leiderigen Futterblätter der
Stadt, im Geschäftszimmer,
Bartenstraße 23 111, täglich
von 12-1/2 Uhr abgegeben.

Kragen
-Wäscherei
Schorpp
liefert in 8 Tagen
Stärke-Wäsche
Annahmestellen:
Karlsruhe:
Ludwig-Wilhelmstr. 5,
Kaiserstrasse 34 u. 243,
Gerwigstrasse 46,
Amalienstrasse 15,
Waldstrasse 64,
Wilhelmstrasse 32,
Augustastrasse 13,
Schillerstrasse 13,
Kaiseralle 37,
Gabelsbergerstrasse 1.
Rheinstrasse 13.
Durlach:
Hauptstrasse 15.

Zu kaufen gesucht:
Bett, Schrank, Sopha,
Bettsofa, Kleintisch, Tisch
und Stühle, G. Fröhlich,
Hilfslandstraße 15, 1.

Städt. Vierordtbad
Heißluft- u. Dampf-bäder
(Irische, römische u. russische Dampf-bäder)
Elektr. Lichtbäder
Damenbadezeit: Mon-
tags und Mittwochs
vorm. von 9-1 Uhr
und Freitag nachm.
2 1/2 - 7 1/2 Uhr. 50
Herrenbadezeit:
Alle übrige Zeit.
An Sonn- u. Feiertagen
geschlossen.

Verband zur Förderung deutscher Theaterkultur.
Ortsgruppe Karlsruhe.
II. Morgenveranstaltung
am 4. Januar 1920 in der Wandelhalle
des Badischen Landestheaters.
**Einführung zu „Gawan“ Mysterium
von Eduard Stucken.**
**Vortrag von Prof. Dr. Arthur Drews:
Eduard Stucken und seine Dichtung.**
Rezitationen aus den Werken Stuckens:
Felix Baumbach, Bauer, Schönfeld, Gertrud
Falkner-Schäffner.
Anfang 11 Uhr.
Eintritt für Mitglieder des Theater-
kulturverbandes (bis zu 2 Karten) und für
Inhaber von Eintrittskarten für die Erstaus-
führung von Gawan (3. Januar) 1.- Mk. für
die übrigen Besucher 2.- Mk. — Eintrits-
karten an der Theaterkasse. 1030

Bürgerhof, Bruchsal.
Dienstag, den 6. Januar 1920
pünktlich 8 Uhr
Erstes Volks-Konzert
Mitwirkende:
Helmuth Neugebauer, Opernsänger am
Landestheater Karlsruhe (Tenor)
Kathinka Neugebauer-Pecz, Konzert-
sängerin, Karlsruhe (Alt)
Emil Seldt, Bruchsal (Violine)
Friedrich Hunkler, Musikdirektor, Bruchsal
(Begleitung).
Lieder von Schubert, Schumann, Brahms.
Duette von Cornelius.
Violinstücke von Schubert, Schumann und Raff.
Eintrittskarten, nummeriert (in beschränkter
Zahl). Mk. 4.50, unnummeriert Mk. 1.— im Vor-
verkauf vom 2. Januar mittags ab bei **Heinr.
Katz**, Ecke Kaiser- und Friedrichstrasse und
an der Abendkasse. 10032

**Ich habe mich in Karlsruhe als
Rechtsanwalt**
niedergelassen und übe die Praxis gemein-
schaftlich mit den Rechtsanwälten **Dr. Dietz
und Dr. Kirchenbauer** aus.
Büro: Kaiserstr. 199, Fernsprecher 290.
Dr. Walther Weill, Rechtsanwalt.

Zum stattgehabten
**Jahreswechsel
die besten Wünsche!**
Julius Grimmer u. Frau
in Firma Joh. Kolb, 1035
Kohlenhandlung. Kohlenhandlung.

Badisches Landestheater.
Freitag, den 2. Januar 1920
Volks-Vorstellung:
Die Rabensteinerin
Schauspiel in vier Akten von Ernst v. Wildenbruch.
Anf. 7 Uhr. (M. Pr.) Ende 10 Uhr.

Herrn-Hüte
werden
gewaschen
gefärbt und modernisiert
bei der
Mittelbadischen Hut-Fabrik
Schneider & Hanselmann
Karlsruhe **Kriegstr. 70** nebst
Büpperrerei.

Badische Kleider-Klinik
Zirkel 30. — Telefon 4120.
Reparatur, Bügel- und Reinigungs-
Anstalt
Händlern sowie Kaufleuten von
Herren- und Damen-Garderoben.
Prompt — gut und billig.
1033 **Wolff & Wiedemann**

Verordnung
über die Gewährung von Zulagen zu Verletztenrenten
aus der Unfallversicherung.
(Vom 27. November 1919.)
Auf Grund des § 1 des Gesetzes über eine ver-
einfachte Form der Gesetzgebung für die Amede der
Ubergangswirtschaft vom 17. April 1919 (Reichs-Ge-
setzbl. S. 394) wird von der Reichsregierung mit Zu-
stimmung des Reichstags und des von der verfassung-
gebenden Deutschen Nationalversammlung gewählten
Ausschusses folgendes verordnet:
§ 1.
Verletzte, die auf Grund der reichsgesetzlichen Un-
fallversicherung eine Rente von zwei Dritteln oder
mehr der Vollrente beziehen, wird für die Zeit vom 1.
Oktober 1919 bis zum 31. Dezember 1920 auf Antrag
eine monatliche, im voraus zahlbare Zulage zu ihrer
Rente gewährt, wenn sie nicht Ausländer sind, die sich
im Ausland aufhalten, und wenn nicht Tatsachen die
Annahme rechtfertigen, daß die Zulage nicht benötigt
wird. Das gleiche gilt für Verletzte, die auf Grund
der reichsgesetzlichen Unfallversicherung mehrere Ren-
ten von je weniger als zwei Dritteln der Vollrente be-
ziehen, wenn die Summe ihrer Renten zusammen
mindestens die Zahl 80% ergeben.
§ 2.
Die Bestimmungen in den Abschnitten II, III, 2,
III und IV, 1, 2 der Verordnung über die Wei-
tergewährung von Zulagen zu Verletztenrenten aus
der Unfallversicherung vom 2. Dezember 1918 (Reichs-
Gesetzbl. S. 1388) gelten entsprechend.
Die Zulage beträgt monatlich zwanzig Mark.
§ 3.
Bei Erstattung der von den obersten Postbehörden
nachgewiesenen Zahlungen an Zulagen werden die
fünfprozentigen Schuldberechtigungen, Schuldbuchfor-
derungen und Schatzanweisungen der Kriegsanleihe
des Deutschen Reiches zum Anschaffungspreis, oder,
wenn dieser nicht feststellbar ist, zum Kurse von sieben-
zshunndert und zwanzig Prozent abzurechnen
nommen.
Berlin, den 27. November 1919. 67
Die Reichsregierung.
Bauer.
Der Reichsarbeitsminister.
Schlitz. D.3. 367.

**Kleingärten- und Kleinpachtanordnung
vom 31. Juli 1919 betr.**
Wir machen auf die Kleingärten- und Kleinpach-
tanordnung vom 31. Juli 1919 (R.G.B. S. 1371) auf-
merksam und verweisen auf die nachstehenden Bestim-
mungen:
§ 1. Zum Zwecke nichtgewerbemäßiger gärtnerischer
Nutzung dürfen Grundstücke nicht zu höheren als den
von der unteren Verwaltungsbehörde festgesetzten Prei-
sen verpachtet werden.
Die Festsetzung der Preise erfolgt unter Berücksich-
tigung der örtlichen Verhältnisse und des Ertrags-
wertes der Grundstücke nach Anhörung von landwirt-
schaftlichen, gärtnerischen oder kleingärtnerischen Sach-
verständigen.
§ 2. Die Vorschriften des § 1 finden auf die künftig
zu zahlenden Preise bei Verträgen, die vor Inkraft-
treten dieses Gesetzes abgeschlossen sind, derart Anwen-
dung, daß der Pachtpreis sich für die Zeit nach dem
Inkrafttreten dieses Gesetzes nach Maßgabe des § 1
ermäßigt.
§ 3. Pachtpächter der im § 1 bezeichneten Art dür-
fen von Verpächter nicht gekündigt werden. Das glei-
che gilt für Leihverträge mit der Maßgabe, daß die
Verträge umzuwandeln sind. Sind die Pacht- oder Lei-
hverträge auf eine bestimmte Zeit abgeschlossen, so ist
nach Ablauf dieser Zeit auf Verlangen des Pächters
oder Entleiher das Pacht- oder Leihverhältnis zu er-
neuern. Das Leihverhältnis ist im Falle der Erneue-
rung auf Verlangen des Verleiher in ein Pachter-
hältnis umzuwandeln.
Die Vorschriften im Absatz 1 finden keine Anwen-
dung, wenn ein wichtiger Grund für die Kündigung
oder die Nichterneuerung des Pacht- oder Leihverhält-
nisses vorliegt.
§ 4. Streitigkeiten, die sich aus der Anwendung der
Vorschriften der §§ 1 bis 3 ergeben, werden unter Aus-
schluß des Rechtswegs durch die untere Verwaltungs-
behörde entschieden.
Sie kann bestimmen, daß, wer entgegen den Vor-
schriften der §§ 1 u. 2 zu hohe Pachtpreise erhebt, den
zweifel erhobenen Betrag bis zur zehnfachen Höhe an
die Kasse des Ortsamtenverbandes des belegenden
Grundstücks zu entrichten hat. Den zu entrichtenden
Betrag zahlt die untere Verwaltungsbehörde fest. Die
Verbreitung erfolgt nach den Vorschriften über die Ver-
breitung öffentlicher Abgaben.
Gegen die Entscheidung der unteren Verwaltungs-
behörde ist binnen zwei Wochen Beschwerde an die
höhere Verwaltungsbehörde zulässig. Diese entscheidet
endgültig.
§ 5. Grundstücke dürfen zum Zwecke der Weiterver-
pachtung als Kleingärten (§ 1 Abs. 1) nur durch Hö-
heren oder Anstalten des öffentlichen Rechtes oder
ein als gemeinnützig anerkanntes Unternehmen zur
Förderung des Kleingartenwesens gepachtet und nur
an solche verpachtet werden. Gegenteigebende Ver-
einbarungen sind nichtig.
Zu obigen Vorschriften sind die Ausführungsbe-
stimmungen vom 8. Dezember 1919 (Gef. u. B.O.V.
S. 554) ergangen.
Die einschlägigen weiteren Vorschriften können auf
den Rathäusern eingesehen werden.
Karlsruhe, den 24. Dezember 1919.
D.3. 363. Bezirksamt II. 67

Grundstücks-Zwangsvollstreckung.
Grundstück: Gemarkung Karlsruhe Gb. Nr. 1670:
4 a 80 am mit Gebäuden, Gasanstalt G, Gas-
haus u. „Wiener Hof“.
Schätzung: 80000 Mark. Wert der Wirtschaft:
eintausend 7425 Mark.
Versteigerungstermin: Dienstag, den 24. Feb-
ruar 1920, vormittags 9 Uhr, im Notariatgebäude
Mademiestraße 8.
Mündliche Auskunft gefälligst beim Notariat.
Karlsruhe, den 24. November 1919. 8207
Notar Dr. G. als Vollstreckungsgericht.

Alle Obstbäume, Bierbäume und Gartenfrüchler
in Gärten und Gassen, auf Feldern und Wiesen, an
Straßen, Wegen und Eisenbahndämmen sind spätes-
tens Mitte Februar 1920 von Raupenfraß zu rei-
nigen und die vorgefundenen Raupennester zu zer-
stören. 7988
Nach dem 15. Februar 1920 werden wir Nachschau
halten lassen, ob die Vertilgungsarbeiten vorgenom-
men wurden. Säumige haben Bestrafung an Geld
bis zu 60 Mark oder Haftstrafe bis zu 14 Tagen
(§ 368 Abs. 2 R.St.G. und § 37 R.F.O.) zu gewärti-
gen. Auch würde die Vertilgung in unserem Auftrag
auf Kosten der Säumigen ohne weitere Aufforderung
erfolgen.
Karlsruhe, den 8. November 1919.
Das Bürgermeisteramt.

Den Fortbildungsunterricht betr.
Die Eltern oder deren Stellvertreter, die Arbeits-
geber und Lehrherren sind nach § 10 des Gesetzes vom 19.
Juli 1918 verpflichtet, die unter ihrer Obhut oder in
ihrem Dienst oder Brot stehenden fortbildungsschul-
pflichtigen Knaben und Mädchen mündlich oder schrift-
lich beim Volkshochschulrektor zur Teilnahme an dem
fortbildungsunterricht anzumelden, ihnen die zum
Schulbesuch nötige freie Zeit zu gewähren, sie zum ge-
meinschaftlichen und regelmäßigen Besuch anzuhalten und
sie beim Verlassen des Anstaltsorts unter Angabe
des neuen Aufenthaltsorts sofort abzumelden. Neu
zugehende fortbildungsschulpflichtige sind alsbald an-
zumelden. An- und Abmeldungen haben spätestens
am vierten Tage nach dem Eintritt in das Dienst- oder
Arbeitsverhältnis beziehungsweise dem Austritt aus
demselben zu geschehen.
Zwischenhandlungen von Eltern oder deren Stell-
vertretern, sowie von Dienst- und Arbeitgebern gegen
die Vorschriften des § 10 werden mit Geld bis zu 2
Mark und im Unvermögensfalle mit Haft bis zu drei
Tagen bestraft.
Karlsruhe, den 1. Januar 1920.
Das Volkshochschulrektorat.

Offenburger Anzeigen.
Die etatsmäßige Stelle eines Rathes bei der
Stadt Offenburg, der insbesondere alle auf die Regi-
stratur bezüglichen Geschäfte zu besorgen hat, soll
alsbald besetzt werden.
Bewerberungen wollen bei uns bis längstens 1. Fe-
bruar 1920 unter Angabe der persönlichen Verhält-
nisse, des Bildungsganges, der bisherigen Tätigkeit
und der Gehaltsansprüche, eingereicht werden.
Offenburg, den 30. Dezember 1919. 64
Der Stadtrat.

Höchstpreise für Milch betr.
Wegen der vom Ministerium ausgesprochenen
Erhöhung des Erzeugerpreises für Milch sind mit
genügend, die Höchstpreise für Milch mit Wirkung vom
1. Januar 1920 ab folgendermaßen festzusetzen:
Vollmilch: frei Wohnung des Verbrauchers 110 J
das Liter.
Vollmilch: ab Verkaufsstelle des Händlers 109 J
das Liter.
Magermilch: ab Verkaufsstelle des Händlers 52 J
das Liter.
Offenburg, den 30. Dezember 1919.
Der Stadtrat.

Brot- und Mehlpreise.
Infolge Erhöhung des Viehverpreises für Meh-
l seitens der Reichsgetreidestelle müssen die Verkaufs-
preise für Brot und Mehl entsprechend erhöht werden.
Auf Grund des § 69 der Reichsgetreideordnung für
die Jahre 1919 und 1920, Juni d. J. wird mit Wirkung
vom 1. Januar 1920 ab festgesetzt:
1. Der Preis des Schwarzbrottes (Koggenbrottes):
a. für den großen Laib oder Stollen (3 Pfd.)
auf 174 J,
b. für den kleinen Laib oder Stollen (1 1/2 Pfd.)
auf 87 J,
c. für 100 Gramm Brötchen auf 18 J;
2. Der Preis für den 400 Gramm-Stollen Kran-
tenbrot 50 J;
3. Der Preis für Zwieback 1 Pfd. 125 J.
4. Der Preis des Mehles bei Abgabe durch die Ver-
kaufsstelle an den Verbraucher:
a. für gemitteltes Brotmehl (derzeitiges Haus-
haltungsmehl) 1 Pfd. auf 62 J,
b. für Weizenauszugsmehl (für Kranke) 1 Pfd
auf 65 J.
Brot und Mehl ist bei der Abgabe voranzuwiegen.
Offenburg, den 30. Dezember 1919. 61
Komunalverband Offenburg-Stadt.
Der Stadtrat.

Holz-Versorgung.
Die Holzhöfzerteilung muß bis auf Weiteres
verhoben werden. Infolge Hochwassers ist die Zu-
fuhr unmöglich.
Offenburg, den 29. Dezember 1919.
Der Stadtrat.

Fleisch-Versorgung.
Fleischausgabe Samstag, den 3. Januar auf
den Wochenabschnitt 12, bis 18. Januar 1920
125 Gramm Fleisch mit Knochen
auf eine halbe Karte die Hälfte dieser Menge. 74
Komunalverband Offenburg-Stadt.